

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN. MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 20. Dezember 1958

Blatt 2771

Geehrte Redaktion!

=====

20. Dezember (RK) Wir erinnern daran, daß Montag, den 22. Dezember, zwei Ereignisse stattfinden, die für die Presse interessant sind.

Um 10.30 Uhr wird Stadtrat Heller die über den Südtiroler Platz führende Fahrbahn in der Richtung zur Stadt freigeben. Treffpunkt: Ecke Landgutgasse - Favoritenstraße.

Um 14.30 Uhr findet in Presseclub Concordia eine Pressekonferenz statt, bei der maßgebende Persönlichkeiten von Bund und Stadt zum ersten Male grundlegende und eingehende Informationen über die Planung eines Autobahn- und Expresstraßen-netzes geben werden.

- - -

Fahrpreis zu Weihnachten und Neujahr

=====

20. Dezember (RK) Donnerstag, den 25. (Christtag) und Freitag, den 26. Dezember (Stephanitag) sowie am Donnerstag, den 1. Jänner (Neujahr) gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 4.- Schilling in T.G. I oder II und auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen in T.G. I und II Gültigkeit.

Die Kurz-, Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesen Tagen ungültig. Auch auf den Autobuslinien sind sämtliche Wochenkarten ungültig, es gelten

aber die Übergangsfahrscheine Straßenbahn (Stadtbahn) - peripherer Autobus zum Preise von 3.20 Schilling, 3.60 Schilling und 4.- Schilling.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 2.20 Schilling-Fahrschein (in Vorverkauf 2.- Schilling).

Die Vorverkaufsstellen sind Mittwoch, den 24. Dezember von 6.30 bis 14 Uhr, am Mittwoch, den 31. Dezember ganztägig und Donnerstag, den 1. Jänner von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Donnerstag, den 25., und Freitag, den 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, Wien VI, Rahlgasse 3, ist Mittwoch, den 24. Dezember, von 8 bis 12 Uhr und am Mittwoch, den 31. Dezember, von 8 bis 15 Uhr geöffnet, hingegen Donnerstag, den 25., Freitag, den 26., Samstag, den 27. Dezember, und Donnerstag, den 1. Jänner, geschlossen.

- - -

Erfassung der in Gebiete der Stadt Wien gehaltenen Hunde
=====

20. Dezember (RK) Zur Erfassung der in Wien gehaltenen Hunde wurden Anmeldeblätter ausgegeben., die bis 10. Dezember 1958 beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt abzugeben waren. Soweit die Anmeldeblätter noch nicht abgegeben worden sind, muß dies unverzüglich nachgeholt werden. Das Anmeldeblatt ist auch dann abzugeben, wenn kein Hund gehalten wird.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen:Die Debatte zum Voranschlag der Städtischen Unternehmungen
=====

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurde heute früh die Debatte über den Voranschlag der Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, begonnen.

Als erster Redner sprach GR. Maller (VO). Er stellt fest, daß aus den vorgelegten Wirtschaftsplänen die Entwicklung der drei wichtigsten städtischen Unternehmen klar ersichtlich ist. Die Strom- und die Gaserzeugung haben eine Steigerung in der Erzeugung erfahren und auch in der abgegebenen Menge. Bei den Verkehrsbetrieben kann man mit der gleichen Zahl der beförderten Personen rechnen. Die Tarifierhöhungen haben den Verkehrsbetrieben in keiner Weise geholfen, da eine große Zahl vollzahlender Fahrgäste dadurch verloren wurde. Es haben sich auch die Annahmen als nicht richtig erwiesen, daß zum Beispiel bei den Kleinzonenfahrscheinen zu einem Schilling zirka 4,6 Millionen im Monatsdurchschnitt verkauft werden. Es waren in Wirklichkeit nur 929.000 verkaufte Fahrscheine. Die Erwartungen haben sich also auch hier keineswegs erfüllt. Dasselbe gilt für den Teilstreckentarif zu 1.80 Schilling. Der Redner richtet an Stadtrat Dkfn. Nathschläger die Bitte, nachdem es hier Vergleichsmöglichkeiten gibt, mitzuteilen, wie viele Fahrkarten von Juni bis Oktober 1957, also vor der Tarifierhöhung, verkauft wurden und wieviel es im gleichen Zeitraum des heurigen Jahres waren. Ebenso bittet er um die Mitteilung, wieviel Ververkaufsfahrscheine, Sechs-Tage-Wochenkarten, Streckenkarten, Netzkarten und Schülerkarten in den gleichen Zeiträumen verkauft wurden. Er stellt fest, daß die Bevölkerung über die einzelnen Tarifmöglichkeiten viel zu wenig informiert wurde und regt die Anbringung von entsprechenden erläuternden Anschlägen in den Straßenbahnen an.

Der Redner stellt fest, daß man aus den diesjährigen Wirtschaftsplänen ersehen kann, daß die Strom- und Gasabnehmer sowie die Benützer der Straßenbahn den normalen Aufwand der Städtischen Unternehmungen decken. Es würde niemandem einfallen, zum

zum Beispiel von den Autofahrern zu verlangen, daß sie für die Instandsetzung oder den Neubau einer Straße einen Beitrag leisten sollen. Von den Benützern der Straßenbahn verlangt die Gemeinde Wien, daß sie mit dem Fahrschein auch für die Erhaltung und Erneuerung des Wagenparkes aufkommen sollen. Man könne das nur als ungerecht und unsozial bezeichnen. Darüber hinaus müssen sie auch noch für die Abschreibungen und, wie es bei den Tarifen für Gas und Strom der Fall ist, auch noch die Gebrauchsgebühr aufbringen. Er bittet um Bekanntgabe, welche Beträge in diesem Zusammenhang an den Finanzminister, bzw. an den Finanzstadtrat abgeführt werden müssen. GR. Maller schlägt eine Streichung der Gebrauchsgebühr für Strom und Gas vor.

Der Redner bemängelt sodann die Erläuterungen zum Voranschlag der Städtischen Unternehmungen, aus denen er vieles Wissenswerte nicht ersehen könne. Er ersucht, die kommenden Wirtschaftspläne-Erläuterungen so auszuarbeiten, daß man aus ihnen auch etwas entnehmen kann.

Auf dem Gebiete der Stromerzeugung rechnet man für das kommende Jahr mit einer Steigerung um 99 Millionen Kilowattstunden. Das Hauptproblem der E-Werke sei jedoch nicht die Frage, wie die Stromerzeugung zu steigern wäre, sondern wie dieser Strom an den Verbraucher gebracht wird. Von dem für den Ausbau des Kabelnetzes veranschlagten Betrag von 53 Millionen Schilling sind mehr als 50 Prozent gesperrt, Das heißt, daß im kommenden Jahr für den Ausbau des Kabelnetzes um fünf Millionen weniger ausgegeben werden können als heuer. Das selbe gelte auf den Sektor der Gaserzeugung, bzw. Gasabgabe. Auch hier sind die Steigleitungen vielfach zu schwach, Durch die erzielten Reingewinne bei E-Werk und Gaswerk hat sich nun auch erwiesen, daß die Tarifierhöhungen für die beiden Unternehmungen vollkommen ungerechtfertigt waren.

Der Redner kommt sodann auf die Absicht zu sprechen, das Brauhaus der Stadt Wien zu verkaufen. Seine Fraktion hat das Brauhaus besichtigt und konnte feststellen, daß es ein gepflegtes Unternehmen ist. Auch die Qualität des Bieres habe sich in letzter Zeit entscheidend gebessert.

Das Brauhaus der Stadt Wien sei ein aktives Unternehmen, das im kommenden Wirtschaftsjahr einen Gewinnüberschuß von rund 261.000 Schilling haben wird. Es erhält sich also selbst. Die Arbeiter und Angestellten des Brauhauses haben für ihr Unternehmen viel geleistet. Es dürfte daher jetzt nicht verschleudert werden. Der Redner stellt einen Beschlußantrag gegen den Verkauf des Brauhauses. Er verlangt auch, daß die Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse XII und II das Brauhaus besichtigen mögen. Das Brauhaus der Stadt Wien könne mit den anderen Erzeugnissen konkurrieren und die Wiener Gastwirte sollten dazu beitragen, daß sein Produkt an die Konsumenten kommt.

Warum will man das Brauhaus verkaufen und nicht z.B. die Grundstücke, die ihm gehören, die fünf bis sechs Millionen einbringen könnten? Der Redner ersucht um Mitteilung, welche Ertragnisse dem Brauhaus in den letzten zehn Jahren für betriebsfremde Aufwendungen entzogen wurden, und ferner eine bindende Erklärung abzugeben, daß das Brauhaus der Stadt Wien nicht verkauft wird.

Bei den Verkehrsbetrieben wurden die Tarife seit den letzten Wahlen im Jahre 1954 trotz gegenteiliger Versprechungen der ÖVP und SPÖ zweimal erhöht. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Tarifierhöhungen nicht zur Sanierung der Verkehrsbetriebe führen und die Zahl der Straßenbahnbenutzer sinkt. Der Ausweg ist, daß die städtischen Tarife nach sozialen Gesichtspunkten festgelegt werden. Unsere Stadt braucht einen einheitlichen Tarif für alle Verkehrsmittel. Man muß mit derselben Karte von der Straßenbahn in den Autobus umsteigen können, was besonders für die Randgebiete und neuen Siedlungen gilt. Auch sollte man die unsozialen Benützungsbestimmungen der Wochenkarten aufheben. Die jetzigen Kurzstreckentarife seien für die Menschen viel zu kompliziert. Man könne doch den Wienern so viel Vertrauen schenken, daß man sagt: bei einem Schilling kann man drei oder vier Stationen fahren. Sie werden freiwillig aussteigen. So eine Maßnahme würde den Verkehrsbetrieben neue Fahrgäste bringen.

Es ist an der Zeit, daß Schritte eingeleitet werden, um die Basis für ein einheitliches Tarifsystem der Straßenbahn-Stadtbahn mit der Schnellbahn zu schaffen, bei gleichzeitiger Einbeziehung der Autobusse in den städtischen Tarif. Dabei darf man aber nicht

damit spekulieren, die Tarife in ihrer Gesamtheit wieder zu erhöhen.

GR. Maller verlangte weiter eine Verlängerung der Schnellbahn nach Leopoldau, die Einbeziehung der Vorortelinie in das Wiener Verkehrsnetz sowie die Verlängerung mehrerer Straßenbahnlinien, so vor allem der Linien 25 und 117, 65, 16, C und 48, sowie die Führung eines städtischen Autobusses auf den Wienerberg. Weiter nahm er zu dem Vorschlag von Stadtrat Nathschläger auf Schaffung eines kleinen U-Bahnnetzes Stellung und sprach sich für eine Prüfung dieses Projektes und gegebenenfalls für dessen Realisierung aus.

Ferner bat der Redner um Bekanntgabe der Zugfolge der Linie 49 in den Stoßzeiten und eine Überprüfung der Situation an der Baumgartner-Schleife. Auch forderte er, die Linien 11 und 132 zweigleisig auszubauen, und urgierte den Ausbau der Heizungen in den Wagen und eine Herabsetzung der Fahrzeitenintervalle.

Abschließend berichtete der Redner als persönliches Erlebnis, welche Schwierigkeiten man ihm bereitet habe, als er den Wunsch äußerte, die Dienstvorschriften für die Verkehrsbetriebe kennenzulernen. Er habe sich die Dienstvorschriften schließlich auf anderem Wege besorgt und verstehe, warum man sie ihm nicht gegeben habe. Die Dienstvorschriften stammen aus dem Jahre 1912.

Zusammenfassend erklärte GR. Maller, auf Grund der Erstellung der Wirtschaftspläne und der Zustände in dieser Geschäftsgruppe, sei seine Fraktion nicht in der Lage, die Zustimmung zu den Ansätzen zu geben.

GR. Schwaiger (ÖVP) wies zunächst darauf hin, daß nicht nur Wien mit seinen kommunalen Unternehmungen Sorgen hat. Aus den Sitzungen des Städtebundes und aus den Zeitungen können wir immer wieder entnehmen, daß es auch anderen Städten in Österreich auf diesem Gebiet nicht anders geht. Die Bevölkerung ist teilweise nicht zufrieden mit den Tarifen, mit den zu langen Intervallen der öffentlichen Verkehrsmittel usw. Aber diese Dinge haben wir von den Wienern schon vor 20 Jahren gehört und er sei sicher, daß man sie auch in den nächsten 20 Jahren hören werde, selbst wenn man sich noch so bemühen wird. Wir alle wissen jedoch, daß vom Stadtrat angefangen bis zum kleinsten Schaffner sämtliche Bedienstete der Unternehmungen bestrebt sind, das beste an Leistung für die Wiener Bevölkerung zu geben.

Man erinnere sich doch nur an 1945, in welchem Zustand E-Werke, Gaswerke und Straßenbahn waren.

Wesentlich bedenklicher werden die Dinge, wenn sich ein Gemeinderat in gefährlichen Ausführungen mit den Zuständen bei den Städtischen Unternehmungen befaßt. GR. Sigmund hat am Montag beim Rechnungsabschluß 1957 erklärt, er habe noch selten einen wirtschaftlich schlechteren und in seinen Auswirkungen gefährlicheren Vortrag gehört, als den, den Stadtrat Dkfm. Nathschläger zum Jahresabschluß 1957 gegeben habe. GR. Schwaiger entgegnet dem, er müsse sagen, er habe in diesem Haus seit 1945 außer von den Kommunisten noch selten einen wirtschaftlich falscheren und vor allen in seinen Ausführungen gefährlicheren Vortrag gehört. GR. Sigmund hat dann weiter gesagt, daß systematisch die Grundlagen ungeheurer Werte der Wiener Bevölkerung vernichtet worden sind. Die SPÖ hat sich hier jedoch ein schweres Eigentor geschossen. Jeder Beschluß in diesem Haus, der laut GR. Sigmund die Vernichtung ungeheurer Werte zur Folge hatte, konnte nur durch das "Ja" der Sozialisten gefaßt werden. Auch in der Tarifpolitik haben sie sich nicht den Wünschen der ÖVP gefügt; sie waren der Meinung, daß die Haltung der Volkspartei im Jahre 1955 falsch gewesen ist und haben sich nicht abhalten lassen, die Tarifierhöhungen im Gemeinderat beschließen zu lassen.

GR. Sigmund hat uns allerdings nicht das Rezept gegeben, wie man es besser machen könnte. Nur im Ausschuß habe er vor kurzen einmal bei der Gewista die Forderung vertreten, diese Unternehmung möge doch versuchen, beim Finanzreferenten zu erreichen, die Gewinne nicht an die Hoheitsverwaltung abführen zu müssen. Die ÖVP hat schon immer darauf hingewiesen, daß der Finanzreferent zumindest vorübergehend auf die Gewinne der Unternehmungen verzichten sollte, die unter den Deckmantel verschiedener Gebühren an die Hoheitsverwaltung gezahlt werden. Die ÖVP hat ihr Rezept, wie man die Städtischen Unternehmungen sanieren könnte, schon vor Jahren geliefert. Bereits 1951 und dann jedes Jahr wieder, haben wir verlangt, daß endlich ein langjähriger Investitionsplan erstellt wird, der durch langfristige Anleihen gedeckt werden soll.

Zur SPÖ gewendet meint der Redner, hätten sie unsere Sanierungsvorschläge nicht wenigstens jetzt angenommen, dann wären wir nie zu einem Rechnungsabschluß 1957 gekommen. Heute könne man feststellen: wenn dieses Budget 1959 auch noch nicht schön ist, so weist es doch schon die Anzeichen einer kommenden Sanierung und Stabilisierung auf.

Der Redner spricht dann über die einzelnen Unternehmungen und bezeichnet es als erfreulich, daß, Gaswerke und E-Werke für sich allein betrachtet, die Krise überwunden ist. Der Umsatz dieser beiden Unternehmungen steigt weiter. Der Stromabsatz wird um sieben Prozent, der Gasabsatz um acht Prozent höher sein. Der Redner vertritt wieder die Meinung, daß die Grundlagen dazu der Raab-Kamitz-Kurs geliefert habe. Ohne die Verdienste des österreichischen Volkes bestreiten zu wollen, wies er darauf hin, daß im Jahre 1952 eine Deckung unserer Währung zu 6,9 Prozent bestand, während das Deckungsverhältnis 1958 79.19 Prozent beträgt. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist dies ein Verdienst des österreichischen Volkes. Den Kurs eines Schiffes bestimmen aber Kapitän und Steuermann und in Österreich sind dies Raab und Kamitz.

Als weniger erfreulich bezeichnet der Redner die Lage der Verkehrsbetriebe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel in der "Arbeiter-Zeitung", in dem über das Defizit der Bundesbahnen geschrieben wurde, und dieses als kein echtes Defizit bezeichnet wird. Der Verfasser dieses Artikels klagt über die sozialen und Subventionstarife, die die Bahn der arbeitenden Bevölkerung geben muß und erklärt, daß Familienpolitik nicht Sache der Bundesbahnen, sondern Sache des Staates sei. GR. Schwaiger stellt fest, daß diese Ausführungen auf die Wiener Verkehrsbetriebe ebenso zutreffen. Obwohl sie ein Wirtschaftsunternehmen sind, sind sie gezwungen, der arbeitenden Bevölkerung Sozialtarife zu gewähren, die sie jährlich ca. 100 Millionen Schilling kosten. In diesem Artikel wurden auch die fremden unechten Personallasten angeführt, die die Bundesbahnen zu tragen haben. Dasselbe könne von den Städtischen Unternehmungen behauptet werden. Die Altpensionisten kosten die Städtischen Unternehmungen heute noch jährlich rund 268 Millionen Schilling. Dies bedeutet natürlich eine schwere Belastung für das Budget. Diesen Ausgaben steht

keine Einnahmepost gegenüber. (VBgm. Honay: Wer soll denn diese Pensionisten bezahlen?) Der Redner bezeichnet es als ein Kuriosum in Österreich, daß die Städtischen Unternehmungen wohl die Personallasten tragen müssen, daß aber bei Verhandlungen, wie sie in der letzten Zeit wegen Gewährung des 14. Monatsbezuges stattfanden, der Stadtrat für diese Unternehmungen nicht einmal beigezogen wird. Auch die 30prozentige Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Pensionisten bringt für die Unternehmungen eine jährliche Mehrausgabe von 115 Millionen Schilling.

Der Redner hofft, daß durch den vom Gemeinderat beschlossenen Investitionsplan und langfristigen Anleiheplan in absehbarer Zeit die Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der Verkehrsbetriebe gesichert wird. Es werden auch ständige Bemühungen notwendig sein, die Betriebe zu modernisieren und zu rationalisieren. Die Ausführungen des Stadtrates Riemer über Einsparungen durch längeres Tragen der Uniformen, Abstellung der Teilnahme der Musikkapelle bei Begräbnissen usw. haben ihn erschüttert. Es wäre zu überlegen, ob derartige Maßnahmen der richtige Weg sind.

GR. Schwaiger erklärt, er könne sich dem Appell des Stadtrates Dkfm. Nathschläger an die Gewerkschaft nur anschließen. Man müsse bedenken, daß es sich hier um kein privatwirtschaftliches Unternehmen handelt, sondern um ein Unternehmen, das im Besitz der gesamten Wiener Bevölkerung ist und das, je besser es arbeitet, umso besser die Ansprüche der Wiener Bevölkerung erfüllen kann.

Der Redner kommt sodann auf die Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt zu sprechen. Er stellt fest, daß sich beim Massenverkehr immer größere Schwierigkeiten ergeben. Es muß daher eine zweite Verkehrsebene geschaffen werden, egal ob in der Form einer U-Bahn, Stadtbahn oder sonst einer Bahn. Stadtrat Nathschläger hat ein neues Projekt unterbreitet, ein sogenanntes kleines U-Bahnprojekt, das sich vom Gürtel bis zum Donaukanal erstrecken soll. Dadurch würde gerade der am stärksten frequentierte Teil unserer Stadt entlastet werden. Erfreulich ist der Beschluß, daß es endlich zum Bau der Schnellbahn Floridsdorf - Meidling kommt.

./.

Eine Entlastung für die Straßenbahn wird jedoch nur dann eintreten, wenn für Straßenbahn und Schnellbahn Tarifgleichheit gilt. Die Schnellbahn müßte während der Spitzenzeiten in kurzen Intervallen geführt werden und von dem sehr zeitraubenden Güterverkehr befreit sein. Auch das Projekt, die Gürtellinie nach Meidling zu verlängern, ist sehr zu begrüßen, egal ob diese Verlängerung in Form einer Stadtbahntrasse gebaut wird oder durch eine Alweg-Bahn. Der Redner verweist jedoch darauf, daß die technischen Gutachten der Fachleute über die Alweg-Bahn nicht gerade geeignet sind, dieses Experiment zu wagen. Darüber hinaus würde der Wagenpark der Verkehrsbetriebe um eine weitere Type vermehrt werden, was nicht immer günstig ist.

Abschließend schließt sich der Redner den Dankesworten Stadtrat Dkfm. Nathschlägers an alle Bediensteten seiner Gruppe an. Er und seine Fraktion danken jedoch auch Stadtrat Dkfm. Nathschläger, der heuer zum zehnten Male den Voranschlag der Städtischen Unternehmungen referierte. Der Stadtrat hat immer nach bestem Wissen und Gewissen voll Verantwortungsbewußtsein für diese Geschäftsgruppe gearbeitet. Er hat großen Anteil an der langsamen, aber doch stets vorwärtsschreitenden Sanierung der Verkehrsbetriebe. Seine Fraktion werden den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei der ÖVI.)

GR. Maria Hirschler (SPÖ) stellt zu den Ausführungen des GR. Maller über einen eventuellen Verkauf des Brauhauses fest, daß gerade die Sozialisten es sind, die immer rechtzeitig Vorsorge treffen, daß die Arbeiter ihren Arbeitsplatz haben. Die Sozialisten wollen jedoch nicht unbedingt den Konsum von alkoholischen Getränken steigern, sondern sie wollen, daß die Arbeiter dieser Stadt einen gesicherten Arbeitsplatz haben und ein gutes, glückliches Familienleben führen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Dem GR. Dr. Fiedler, der in einer früheren Rede die Vorzüge des Brüsseler Verkehrs geschildert hatte, hielt die Rednerin entgegen, daß dies jedenfalls in Zusammenhang mit der Weltausstellung stehe und dafür nicht nur die Stadt allein aufgekommen ist. Man möge nicht immer sagen, alles andere ist schön, nur in Wien geschieht nichts. Deshalb war es auch erfreulich, daß GR. Schwaiger nun sagte, daß es auch in Wien etwas Schönes gibt, und auch Stadtrat Dkfm. Nathschläger erklärte, er liebe seine Vaterstadt.

GR. Schwaiger habe auch wieder vom "Raab-Kamitz-Kurs" gesprochen. Auch wir könnten von einem "Jonas-Slavik-Kurs" sprechen, und es muß darauf hingewiesen werden, daß Wien die geringste Arbeitslosenzahl hat.

Auf Verkehrsprobleme übergehend, fordert die Rednerin eine Unterführung von Stadlau und einheitliche Tarife für die Wochenkarten auch jener Arbeitnehmer, die die Zubringerlinien benutzen müssen.

Unter Hinweis darauf, daß für die Kreditaktion der E-Werke bereits 69 Millionen aufgebracht wurden, hob sie hervor, daß das E-Werk für die Hausfrauen unserer Stadt arbeitet.

Sie bat zu untersuchen, ob nicht das Stadtgas entgiftet werden könnte, um die Mütter von einer Sorge zu befreien und die Zahl der tödlichen Gasunfälle herabzusetzen.

Den GR. Schwaiger fragte sie, wie er sich, nachdem seine Fraktion immer gegen die Tarifierhöhung bei den Verkehrsmitteln Stellung genommen hat, ohne eine solche eine Sanierung dieser Verkehrsbetriebe vorgestellt hätte. Wenn man immer davon spricht, mit Steuergeldern müsse vorsichtig umgegangen werden, so wäre gerade der Bau einer U-Bahn eine Fehlinvestition. Man muß aber den Wagenpark unserer Verkehrsmittel modernisieren, um der Bevölkerung zu zeigen, daß wir ihr Leben so angenehm wie möglich gestalten wollen. Wenn auch noch nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so ist es doch gewiß, daß die Sozialisten halten, was sie versprechen. Wir wollen den Armen helfen und dem Volk dienen! (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Liwanec (SPÖ) hielt dem GR. Schwaiger entgegen, daß GR. Sigmund bei der Ausschlußdebatte über den Rechnungsabschluß bezüglich der Gewista lediglich darauf hinwies, daß es notwendig ist, den Betrieb durch Investitionen zu verbessern und auf den heutigen Stand zu bringen. Alles andere, was vorgehalten wurde, hat er nicht gesagt. Angriffe auf Direktor Gerstenmayer konnte niemand heraushören. Wenn GR. Sigmund bezüglich der Städtischen Unternehmungen von zerstörten Werten sprach, so hat er auch erklärt, was er damit meint, und das müssen auch die Mitglieder des Ausschusses wissen.

Er meinte - und da steht er mit den Experten auf einer Linie -, daß es auf die Dauer nicht gut sein kann, wenn man E-Werk und Gas-Werk Mittel für die Verkehrsbetriebe wegnimmt und es ihnen so unmöglich macht, ihre Zuleitungen zu den Abnehmern zu modernisieren. Erfreulich ist, daß GR. Schwaiger nun auch die Auffassung vertritt, daß für die Städtischen Unternehmungen ausschließlich der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII verantwortlich ist.

Die ÖVP spricht immer von der Stabilität des Schillings. Aus den "Salzburger Nachrichten" vom 13. Dezember geht hervor, daß das ein Doppelspiel ist, denn einen Artikel ist zu entnehmen, daß der Bundesobmann des ÖVP-Arbeiter- und Angestelltenbundes und neue Landesobmann der Wiener ÖVP auf einer Tagung wörtlich gesagt hat: Es ist besser, wir verdünnen den Schilling und gewinnen die Wahl, als wir halten den Schilling und verlieren die Wahl. (GR. Leinkauf (ÖVP): Das hat er niemals gesagt! - GR. Mühlhauser (ÖVP): Die "Salzburger Nachrichten" sind bereits geklagt!) Ich glaube, das ist so eindeutig, daß sich jedes weitere Kommentar erübrigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger führt in seinem Schlußwort aus, er wolle nach der zweieinhalbstündigen Debatte versuchen, auf einige Anregungen, Wünsche und vorgebrachte Kritiken zu antworten.

Gegen der Ausführungen des VO-Redners über die Abschreibungen bemerkt er, daß aus den Tarifeinnahmen die Regenerierung des Fahrparkes und der Anlagen durchgeführt werden müsse.

Was das Brauhaus betrifft, so sei er für den Verkauf nicht kompetent. Man könne aber verschiedener Meinung sein, ob ein Brauhaus eine kommunale Einrichtung sein muß oder nicht. Er könne natürlich auch keine bindende Erklärung abgeben, daß das Brauhaus nicht verkauft wird. Den Antrag von GR. Maller empfiehlt der Referent der Ablehnung.

Zu dem Wunsch nach einheitlichen Tarifen für alle Verkehrsmittel müsse er immer wieder sagen, daß es Differenzierungen gebe, weil die Kosten bei der Straßenbahn anders sind als beim Autobus. In übrigen werde jedoch in den nächsten Jahren überhaupt eine Tarifumgestaltung durchgeführt werden müssen.

Die Zonengrenzen sind im wesentlichen die gleichen, wie

vor 1938. Es werden außerdem an die Fahrgäste kleine Verzeichnisse ausgegeben und in der Straßenbahn selbst große Plakate angeschlagen. Über den Schnellbahntarif werden zeitgerecht Verhandlungen geführt werden.

Beim kleinen U-Bahn-Projekt geht es darum, daß es auf die Dauer kein Nebeneinander mehr zwischen öffentlichen und individuellen Verkehr geben wird. Es handelt sich nicht darum, daß man mit der U-Bahn früher zum Ziel kommt, sondern darum, daß der Massenverkehr in einer anderen Ebene ungestört und unbehindert funktionieren kann.

Der Referent ist mit dem VO-Redner einer Meinung, daß die Vorortelinie nach Schaffung der Schnellbahn von der Bundesbahn wieder eingerichtet werden sollte.

GR. Maller möge alle seine Wünsche schriftlich bekanntgeben, er werde sie wie immer raschest beantwortet bekommen. Zurückzuweisen sind die Ausführungen des GR. Maller, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen kann, weil die Zustände, die angeblich in dieser Geschäftsgruppe herrschen, nicht dazu angetan sind. Die Direktion und die Generaldirektion sowie alle anderen zuständigen Stellen haben eine ordentliche Gebarung und Führung dieser Gruppe festgestellt. Man könne mit Recht darauf stolz sein!

Zu den Ausführungen des GR. Sigmund habe bereits GR. Schwaiger Stellung genommen. Es muß jedoch nochmals darauf verwiesen werden, daß die Wiener Stadtwerke in den letzten zehn Jahren innerhin Investitionen in der Höhe von 3.5 Milliarden Schilling vorgenommen haben. (Beifall bei der ÖVP.) Über die Sanierung der Stadtwerke wird noch weiter verhandelt werden müssen. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen in dem gleichen Geist geführt werden, der in der letzten Zeit herrschte. Wenn dies geschieht, wird man auch hier zu einer Besserung der Verhältnisse kommen. Es ist richtig, daß die Gebrauchsgebühr die E-Werke und Gaswerke sehr stark belastet. Sie beträgt jährlich mehr als 40 Millionen Schilling. Es ist bisher nicht gelungen, diese Gebrauchsgebühr von Finanzreferenten refundiert oder gestundet zu erhalten.

Auch an die Gewerkschaft müsse man appellieren. Augenblicklich steht die Forderung des Fahrpersonals der Verkehrsbetriebe nach der 45-Stunden-Woche auf dem Programm. Bei ihrer Durchführung müssen 520 Bedienstete zusätzlich aufgenommen werden, was jährlich ungefähr 20 Millionen Schilling erfordern würde. Man sah einen Weg durch Fahrzeitverkürzung Kosten zu ersparen. Diese Fahrzeitverkürzung wäre durch eine höhere Geschwindigkeit der Straßenbahn zu erreichen. Nun wurde aber bei einer erhöhten Geschwindigkeit von der Gewerkschaft eine Gefahrenzulage verlangt. Ein Mehraufwand durch die 45-Stunden-Woche ohne Einsparungen würde sich aber auf die Investitionen auswirken. Es ist zu hoffen, daß bei einigem guten Willen die Verhandlungen mit der Gewerkschaft doch zu einer Lösung führen.

Die von Gemeinderätin Hirschler geforderte Unterführung Stadlau wird zu dem Zeitpunkt errichtet werden, zu dem die Linie 16 verlängert wird. Es ist zu begrüßen, daß die Rednerin den Erfolg der Geräteaktion hervorgehoben hat. Durch dieses großzügige Finanzierungssystem wird die Anschaffung von Elektro-, bzw. Gasgeräten für rund 80 Millionen Schilling ermöglicht. Bei der Gasentgiftung, handelt es sich um eine rein finanzielle Frage. Die Gaswerke hätten die technischen Möglichkeiten die Entgiftung durchzuführen. In der Schweiz hat man die Bevölkerung durch Volksbefragung darüber entscheiden lassen, ob sie die Gasentgiftung, bei gleichzeitiger Erhöhung des Gaspreises um 10 Prozent, wünscht. Die Schweizer haben trotzdem dafür gestimmt. Es ist jedoch fraglich, ob die Wiener Bevölkerung bereit wäre, diese Kosten auf sich zu nehmen.

Die Erbauung der sogenannten kleinen U-Bahn sei kein Steckenpferd von ihm, stellt Stadtrat Dkfm. Nathschläger fest. Er ist überzeugt, daß wir eine U-Bahn bekommen müssen. Er freue sich darüber, daß die Sozialisten im Prinzip auch nicht mehr dagegen sind. Es wird sich bestimmt noch die Möglichkeit finden, der Sache näherzutreten. Durch die Modernisierung des Wagenparkes, allein könne man dem Verkehrsproblem nicht mehr Herr werden.

Was seine Verantwortung für die Führung der Städtischen Unternehmungen betrifft, so könne er eine solche nur dort tragen, wo er selbst entscheiden kann. Er könne aber nicht die Verantwortung dafür übernehmen, wenn zum Beispiel der Personalreferent ganz überraschend in der Sitzung des Städtebundes erstmalig den Gedanken der erhöhten Sonderzahlung mitteilt. Er müsse auch dafür die Verantwortung ablehnen, wenn von Finanzreferenten inner wieder zum Teil unter Umgehung des Organisationsstatuts Angelegenheiten der Städtischen Unternehmungen beeinflusst werden.

Abschließend stellt Stadtrat Dkfm. Nathschläger fest, daß das Jahr 1958 im großen gesehen wieder ein gutes Jahr war. Es wurde viel geleistet und manche Erfolge wurden erzielt. Viel haben dazu verschiedene Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen beigetragen. So wurden zum Beispiel im Jahre 1950 385 Millionen Kubikmeter Gas erzeugt, 1959 werden es 546 Millionen Kubikmeter sein. Das ist eine Steigerung um 41,5 Prozent. Durch eine Änderung in der Betriebsweise in der Gaserzeugung waren für die 1950 erzeugten 385 Millionen Kubikmeter rund 590.000 Tonnen ausländische Steinkohle notwendig, während für die 546 Millionen Kubikmeter im Jahre 1959 nur 370.000 Tonnen Steinkohle notwendig sein werden. Das ist eine Verringerung um 37 Prozent. Auch im Ausland finden die österreichischen und Wiener Aufbauleistungen große Anerkennung. Sicher sind sie nicht zum geringen Teil auf die Koalition zurückzuführen. Diese Koalition soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden die Wirtschaftspläne für die Wiener Stadtwerke und Gewista mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die Wirtschaftspläne des Brauhauses der Stadt Wien wurden einstimmig angenommen.

./.

Die restliche Tagesordnung

Hierauf referierte GR. Ing.-Arch. Lust (ÖVP) über den Antrag auf Baubewilligung für die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage im 21. Bezirk, Tetmajergasse-Dunantgasse.

Stadtrat Lakowitsch nahm die Gelegenheit wahr, auf eine Kritik des GR. Windisch an den Beamten der Baupolizei zu antworten. Er besprach in detaillierter Weise die Tätigkeit und das Vorgehen der Baupolizei und der Baubehörde bei den von GR. Windisch zitierten Fällen und wies jede Pauschalverdächtigung der Beamtenschaft der Baupolizei, die mit einer ungeheuren Verantwortung belastet ist, entschieden zurück. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Zu neuen Erfolgen!

Die Ansprache des Bürgermeisters

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, ergriff zum Abschluß der Budgetberatungen noch einmal das Wort und führte aus: "In ernsten, alle Verwaltungszweige sachkundig und sorgfältig erfassenden Beratungen haben Sie auch heuer wieder das vornehmste Recht freigewählter Volksvertreter im Bewußtsein Ihrer Verantwortung ausgeübt. Sie haben in gut demokratischer Art einen soliden Haushaltsplan unseres großen städtischen Gemeinwesens für das kommende Jahr erstellt. Er umfaßt alle unsere Vorhaben und Ausgaben, ob sie nun soziale und kulturelle, technische oder wirtschaftliche Fragen betreffen, und bringt sie in ein gesundes, sorgsam ausgewogenes Verhältnis zu den Einnahmen.

Nichts ist natürlicher, als wenn dort, wo die sozialen Schichtungen und Aspekte grundverschieden sind, auch die politischen Auffassungen der im Gemeinderat vertretenen Parteien verschieden sind. Eine echte Demokratie bestätigt sich aber darin, daß sich schließlich nach allem Widerstreit der Meinungen jene Auffassungen durchsetzen, die bei weitgehender Berücksichtigung der Minderheit den Wünschen und Notwendigkeiten der Mehrheit am nächsten kommen.

./.

In dieser Auffassung von organischer Demokratie ist der soeben verabschiedete Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1959 beschlossen worden. Es ist als das gültige Gesetz für unsere nächste kommunale Arbeit zu betrachten und bindet alle, die die Spielregeln der Demokratie respektieren.

Durch gegenseitiges Verständnis haben wir in all den schweren Jahren seit der Niedererrichtung Österreichs vieles vollbracht und zum Besseren gewendet. Aber gleichgroße Aufgaben liegen noch weiterhin vor uns.

In Verlaufe der stürmischen Entwicklung werden uns dauernd neue Aufgaben erwachsen, wie sie besonders auf den technischen Gebieten in Erscheinung treten. Wir haben dieser Entwicklung gerecht zu werden, wenn wir unseren Willen, Wien zu einer modernen Weltstadt zu machen, verwirklichen wollen. Darum haben wir mit vereinter Kraft alles darangesetzt, unsere Heimatstadt bei Führung ihres ererbten kulturellen Reichtums ständig zu erneuern und sie immer schöner, gesünder und moderner zu gestalten. Der soeben verabschiedete Voranschlag soll unser wirtschaftliches und kulturelles Leben befruchten und damit beitragen, allen unseren Mitbürgern Brot und Arbeit und das beruhigende Bewusstsein der sozialen Sicherheit zu geben. Es ist das eine Aufgabe, die wir uns Jahr für Jahr setzen und der wir unsere besten Kräfte widmen.

So will ich allen danken, die durch ihre Vorarbeiten an der Erstellung des Budgets mitgewirkt haben. Ich hebe dabei die Umsicht und das große Arbeitspensum des amtsführenden Stadtrates für das Finanzwesen Slavik und die wertvolle Mithilfe hervor, die ihm dabei die amtsführenden Stadträte der einzelnen Verwaltungsgruppen, der Magistratsdirektor, der Kontrollantsdirektor, der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke und die anderen leitenden Beamten des Magistrates und der Städtischen Unternehmungen geleistet haben. Ich danke auch allen sonstigen Beamten, die mit Vorarbeiten für den Gemeindehaushalt betraut gewesen sind. Ebenso auch den Stenographen, der Pressestelle, dem Präsidialbüro und den Zeitungsberichterstatlern, die ihren Teil zum Erfolg der Verhandlungen beigetragen haben.

Niemals aber dürfen wir vergessen, daß es der Arbeitsfleiß,

./.

das Verständnis und die steuerlichen Leistungen unserer Mitbürger sind, welchen alle bisherigen kommunalen Fortschritte zu verdanken sind. Ich danke ihnen für den Fleiß und den Gemeinsinn, mit dem sie jahrein und jahraus die eigentlichen Voraussetzungen und Grundlagen des öffentlichen Wohles schaffen. Angesichts der bisherigen Leistungen der Gemeindeverwaltung bedarf es kaum noch einer besonderen Versicherung, daß wir mit den uns anvertrauten öffentlichen Mitteln stets überlegt und sorgsam so gebaren werden, daß mit ihnen ein Höchstmaß an Leistungen für die Allgemeinheit erzielt werden kann.

Der Voranschlag für das Jahr 1959 ist ordnungsgemäß und rechtzeitig beschlossen und damit die Fortsetzung der kommunalen Tätigkeit ohne jede Unterbrechung gesichert.

Ich wünsche Ihnen, verehrte Mitglieder des Gemeinderates, und allen Wienerinnen und Wienern von dieser Stelle aus ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr! Möge es uns zu neuen Erfolgen auf dem Wege in eine bessere Zukunft führen!" (Allgemeiner Beifall. - Die Klubobmänner der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien, Dr. Stenner (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP) und Lauscher (VO) begeben sich zu Bürgermeister Jonas, um in Namen ihrer Fraktionen die Festtagswünsche zu erwidern.) Um 12.05 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

- - -

39 Schwesterndiplome in Lainz

=====

20. Dezember (RK) Gestern abend wurden in der städtischen Krankenpflegeschule in Lainz an 39 Absolventinnen des dreijährigen Lehrganges die Schwesterndiplome überreicht.

Direktor Doz. Dr. Schneiderbauer konnte den anwesenden Vertretern der Stadtverwaltung Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Riemer über ein erfreuliches Ergebnis der Abschlußprüfungen berichten. 12 Schülerinnen haben sie mit Auszeichnung bestanden.

Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Riemer beglückwünschten die Schwestern zu ihren Diplomen und wünschten ihnen für ihren weiteren Lebensweg die besten Erfolge. Die Stadt Wien erwarte von ihnen, daß sie als Mitarbeiterinnen im städtischen Gesundheitswesen ihr erworbenes Wissen, Können und ihren jungen Idealismus in den Dienst der Patienten der städtischen Krankenhäuser stellen werden.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner

=====

20. Dezember (RK) Im Jänner sind nachstehende Abgaben fällig:
- 10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Gefrorenessteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember.
 - 14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
Ortstaxe für Dezember.
 - 15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
 - 25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.
- - -

Stadtarchivdirektor i.R. Dr. Rudolf Geyer gestorben
=====

20. Dezember (RK) Gestern ist der frühere Direktor des Archivs der Stadt Wien, Univ.-Doz. Dr. Rudolf Geyer, gestorben. 1891 in Wien geboren, trat er 1921 in den Dienst der Stadt Wien. Nach Absolvierung seiner Fachstudien wurde er 1925 dem Archiv der Stadt Wien zugeteilt, zu dessen Direktor er nach Beendigung des zweiten Weltkrieges bestellt wurde. Mit großer Sachkenntnis und rastloser Hingabe gelang es ihm, das ihm anvertraute Institut durch alle Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu lenken, in vorbildlicher Weise auszubauen und eine den Bedürfnissen moderner Forschung und Verwaltung entsprechende Neuordnung der Archivbestände durchzuführen. Er hat der Wiener Stadtgeschichtsschreibung durch eine Reihe äußerst wertvoller Publikationen neue Impulse gegeben und sich unter anderem auch als Schriftleiter des "Jahrbuchs des Vereins für Geschichte der Stadt Wien" sowie als Initiator und Betreuer einer unübersehbaren Zahl heimatkundlicher Arbeiten besondere Verdienste erworben. Geyer war Dozent für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien und Vorstandsmitglied mehrerer wissenschaftlicher Vereine. Nach seiner Ende 1956 erfolgten Pensionierung widmete er sich in besonderem Maße weitgreifenden Studien zur vergleichenden Stadtgeschichte, deren Vollendung ihm nicht mehr vergönnt sein sollte.

Die Beisetzung findet Dienstag, den 23. Dezember, um 14.30 Uhr auf dem Döblinger Friedhof statt.

- - -

Der neue Leiter der Röntgenabteilung in der Poliklinik
=====

20. Dezember (RK) Zu unserem gestrigen Bericht über die Amtseinführung in der Allgemeinen Poliklinik ("Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2725) bitten wir richtigzustellen, daß Doz. Dr. Bruno Thurnher zum Leiter der Röntgenabteilung der Poliklinik bestellt wurde.

- - -